

## Meinungen gehen auseinander

**Reken (lie).** Unterschiedliche Meinungen gibt es im politischen Raum zu den Folgen der Aussetzung der Frist zur Genehmigung des geplanten Interkommunalen Gewerbegebiets an der A 31 auf Reken Gebiet.

Peter Flinks, CDU-Fraktionsvorsitzender im Borkener Rat, sieht nach der Mitteilung der Wirtschaftsministerin Thoben vom Donnerstag die Gefahr, dass kaum ein geplanter Gewerbe-Standort an der A 31 realisiert werden könne weder in Reken, noch in Coesfeld/Gescher oder Legden. Thoben hatte für den Landesentwicklungsplan 2025 die Marschrichtung ausgegeben, dass mit Freiraum sparsam umgegangen werden solle. Für Borken, so Flinks weiter, reichten die 26 Hektar ehemaliges Kasernengelände nicht aus. Das Interkommunale Gewerbegebiet sei nach wie vor eine gute Idee, aber notfalls müsse die Stadt langfristig auf Reserveflächen im Bereich in Grütlohn zurückgreifen.

Klaus Bunse, SPD-Fraktionsvorsitzender in Borken, verwies darauf, dass wohl auch der Regierungspräsident Peter Paziorek kalte Füße bekommen habe. Bunse sieht wegen des Naturschutzes und der Waldfläche in Reken eine größere Chance für Gewerbe an der A 31 in Coesfeld/Gescher. Und er fragt, wie ernst eigentlich Bernhard Schemmer noch in Düsseldorf genommen werde. Diese Frage müsse nach den Vorwürfen gegen die SPD im Regionalrat erlaubt sein.

Das Land habe durch diese Vorgehensweise die Genehmigung des Interkommunalen Gewerbegebietes auf unbestimmte Zeit verschoben, sagte Gisela Raupach, SPD-Fraktionsvorsitzende aus Reken, auf BZ-Anfrage. Fraglich sei, ob es überhaupt noch eine Genehmigung gebe.

"Grundsätzlich ist die Reken SPD für das interkommunale Gewerbegebiet. Wir sind aber überrascht über die jetzt aufgetretenen Schwierigkeiten. Sollten sich diese Befürchtungen bestätigen, muss man sich fragen, ob es richtig war, ohne Genehmigung die kostenträchtigen Planungen schon so weit voran zu treiben", so Raupach, "ohne wenn und aber an den Planungen festzuhalten und nicht auf die Kompromissvorschläge der Bezirksregierung einzugehen."

Mehr als ärgerlich sei, so Raupach weiter, dass Rekens Bürgermeister den Rat der Gemeinde trotz mehrmaligen Nachfragens nicht umfassend über die Schwierigkeiten informiert habe.

"Ein höchst undemokratisches Verhalten, welches die Reken SPD in letzter Zeit schon häufiger beanstandet hat. Letztendlich können wir nur für Reken hoffen, dass es doch noch genehmigt wird."

"Mit großer Sorge" nehmen die Grünen in Reken die Entwicklung zur Kenntnis. Trotz großer Ankündigungen habe Schemmer wohl doch die Hausaufgaben nicht gemacht. Reken benötige dringend Gewerbefläche. Hermann Dreischenkemper, Fraktionsvorsitzender in Reken, fragt, wann Schemmer und Rekens Bürgermeister Heiner Seier von den Bedenken der Landesregierung wussten. Und: "Warum wurden die politischen Gremien nicht informiert?" Karl-Heinz Fischer (UWG-Fraktionsvorsitzender in Reken) sagte gestern nur, er wisse nichts Genaues. Seier meldete sich nach einer BZ-Anfrage am Donnerstag bislang nicht zu Wort. Heiner Buß, Bürgermeister in Heiden, sieht die Genehmigungsfähigkeit eines Gewerbegebietes an der A 31 in Reken noch immer gegeben. Trotz aller Schwierigkeiten gebe es den Regionalratsbeschluss, und alle Probleme seien bisher mit Gutachten und geänderter Ausgleichsflächen-Berechnungen gelöst worden.

29.03.2008 Quelle:

**Borkener Zeitung**